

Bern, 26. April 2019

An ausgewählte Medien
(mit der Bitte um Veröffentlichung)

Die ordentliche schweizerische Frühlingsversammlung der Schweizer Demokraten (SD) hat folgende Parolen für die eidgenössischen Abstimmungen vom 19. Mai 2019 beschlossen:

Nein zum Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF):

Mit dieser Gesamtreform will der Bund einerseits zahlreiche Massnahmen zur Senkung der steuerlichen Belastung der Grossunternehmen vornehmen. Andererseits soll die AHV pro Jahr zusätzliche zwei Milliarden Franken erhalten. Somit besteht die Vorlage aus diesen beiden Bestandteilen, welche miteinander nicht das Geringste zu tun haben. Eine Volksinitiative mit adäquater Forderung würde infolge des Verstosses gegen die sogenannte Einheit der Materie für ungültig erklärt. Die Absicht für die Anpassungen im Steuerbereich ist ausserdem aufgrund eines Beschluss der EU und der OECD entstanden, zumal sich die Schweiz unter dem Vorwand neuer internationaler Standards zur Abschaffung der ermässigten Besteuerung von Statusgesellschaften verleiten lässt. Die vorliegenden Kompensationen führen jedoch zu Mindereinnahmen von jährlich ca. zwei Milliarden Franken. Weitere einschneidende Sparübungen, insbesondere auch zulasten sozial schwacher Schweizer, wären unvermeidbar. Letztlich darf die Schweiz vor allem dank ihrer Sicherheit und den allseits gelobten Hochschulen als attraktiver Wirtschaftsstandort bezeichnet werden. Für die Schweizer Demokraten (SD) muss die notwendige Sanierung der AHV separat erfolgen. Deshalb wird die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Umsetzung einer Änderung der EU-Waffenrichtlinie (Weiterentwicklung von Schengen):

Die EU-Staaten haben die sogenannte EU-Waffenrichtlinie geändert. Diese bildet ein Teil der vereinbarten Regelungen, welche die Schweiz im Rahmen des Schengen-Dublin-Abkommens übernommen hatte. Die neuen Richtlinien widersprechen jedoch den Freiheitsrechten der Sportschützen. Diese werden zwecks sicheren Umgangs mit einer Schusswaffe entsprechend ausgebildet und begleitet. Der Besitz einer persönlichen Waffe stellt sodann das erarbeitete Vertrauen gegenüber den Schützenkollegen dar. Der Schiesssport ist im Allgemeinen beliebt bei allen Generationen und verfügt in der Schweiz über eine lange Tradition. Des Weiteren handelt es sich beim gesamten Schengen-Dublin-Abkommen um ein Zentralisierungsinstrument der EU, das unsere Unabhängigkeit einschränkt. Für die Schweizer Demokraten (SD) lässt sich illegale Migration nur mittels möglicher Personenkontrollen an den Landesgrenzen verhindern. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.